

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

31. März 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Drucker: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amerika gegen den Faschismus.

45 Senatoren gegen das Schuldenabkommen mit Italien.

London, 31. März. (WIB.) „Times“ zufolge verläutet in den Wandelgängen des Repräsentantenhauses, daß 45 Senatoren sich verpflichtet hätten, die mit Italien abgeschlossene Schuldenregelung abzulehnen.

Reuter berichtet aus Washington, die Mitglieder der Schuldensundierungskommission Hoover und Smoot betonten neuerdings übereinstimmend die ersten Folgen einer Verleugung des italienischen Schuldenabkommens. Smoot erklärte, die Italiener könnten keinen Pfennig mehr zahlen als das Abkommen festlege. Hoover erklärte, die Nichtratifizierung des Abkommens durch den Senat würde Italien jeder moralischen Verpflichtung zur Rückzahlung seiner Schulden entziehen. (?)

Der Senat zählt 96 Mitglieder. Treffen die Angaben der „Times“ zu, dann ist schon jetzt nahezu die Hälfte der Senatoren entschlossen, das Abkommen abzulehnen. Daß die Regierung im höchsten Grade besorgt ist, geht schon aus der Natur ihrer Argumente hervor: die Behauptung Hoovers, daß eine Ablehnung Italiens jeder moralischen Verpflichtung künftig entbinden würde, ist nichts weiter als eine Redensart, denn auch die Ablehnung der Ratifizierung des Versailler Vertrages hat

Deutschland keineswegs von jeder moralischen oder sonstigen Verpflichtung Amerika gegenüber entbunden — sondern es wurde eben ein neuer Friedensvertrag abgeschlossen.

Nach Contarini — Scialoja? Das große Abfägen.

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus Rom wird dem „Corriere degli Italiani“ das Gerücht gemeldet, daß Senator Scialoja demnächst als erster Delegierter Italiens beim Völkerbund zurücktreten würde. Er werde beschuldigt, ein nicht genug „orthodoxer“ Faschist zu sein. Die faschistischen Staatslenker sind auch über einzelne Privatäußerungen Scialojas in Sens sehr erköst, die keineswegs den aus Rom eingetroffenen Instruktionen entsprochen hätten. (Daß Scialoja schon in Locarno und besonders in Sens nur sehr widerwillig gewissen faschistischen Instruktionen folgte, für deren strikte Durchführung ihm der Unterstaatssekretär Grandi beigegeben wurde, ist bekannt, ebenso, daß das Verhältnis zwischen den beiden am Schluß der Senser Verhandlungen sehr gespannt war. Red. d. „Vorwärts“).

Wie lange noch?

Die Not der Invaliden- und Kleinrentner.

Von August Karsten.

Am 14. Juli v. J. hat der Reichstag einstimmig beschlossen, daß den Invalidenrentnern und Kleinrentnern bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Leistungen aus der Invalidenversicherung und der Gemeindefürsorge bestimmte Teile der Invalidenrente und der Zins-einnahmen auf die Fürsorgeleistungen nicht angerechnet werden dürfen. Der Reichsrat erhob Einspruch. Der Reichstag wies diesen Einspruch mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zurück. Nunmehr erhoben Reichsrat und Reichsregierung Einspruch gegen das Verfahren des Reichstags. Die Reichsregierung legte dem Reichspräsidenten das Gesetz zur Unterschrift nicht vor. An Stelle des Reichstagsbeschlusses brachte die Regierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat eine Verordnung heraus, die zwar einige Besserungen in der Fürsorge enthält, von einem erheblichen Teil der Bezirksfürsorgeverbände jedoch nicht durchgeführt wird. Die Länderregierungen haben von dem ihnen nach der Verordnung zustehenden Rechte, Unterscheidungsrichtsätze festzusetzen, ebenfalls keinen Gebrauch gemacht.

Beim Wiederzusammentritt des Reichstags im Herbst lag ein Schreiben der Reichsregierung vor, in dem erklärt wurde, daß der Reichstag am 12. August den Einspruch des Reichsrats nicht ordnungsgemäß erledigt habe, weil nicht drei Bestimmungen vorgenommen worden seien. Dieses Schreiben wurde dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags zur Beratung übergeben. Am 10. Dezember hat der Ausschuß auf Antrag des Berichterstatters, Genossen Landsberg, einstimmig beschlossen, daß die Auslegung der Reichsverfassung und der Geschäftsordnung des Reichstags durch die Regierung nicht richtig sei, der Reichstag habe den Einspruch richtig behandelt. Als dieser Beschluß vom Plenum des Reichstags bestätigt werden sollte, forderte die Reichsregierung unter Hinweis auf ihr Gegengutachten eine nochmalige Erörterung im Ausschuß des Reichstags. Dieses Verlangen wurde auch damit begründet, daß die Regierung von der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses keine Kenntnis gehabt habe. Das entspricht nicht den Tatsachen. Zu der Sitzung am 10. Dezember sind das Hauptbureau des Reichsministeriums des Innern, die Politische Abteilung des Reichsministeriums des Innern und das Hauptbureau des Reichsjustizministeriums rechtzeitig eingeladen worden. Von diesen Geladenen war jedoch niemand erschienen.

Am 6. März d. J. hat nun der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wieder getagt. Mit 15 gegen 8 Stimmen wurde der erste Beschluß des Ausschusses bestätigt. Dieser Beschluß konnte noch nicht im Plenum des Reichstags zur Verhandlung kommen, weil der Reichsinnenminister Dr. Kütz namens der Reichsregierung im Ausschuß am 6. März erklärte, daß mit dem Reichstage über die materielle Streitfrage im Sozialen Ausschuß des Reichstages eine Verständigung herbeigeführt werden soll.

Am 19. März wurde im Sozialen Ausschuß, nachdem in erster Lesung das Knappschaftsgesetz fertiggestellt war, beschlossen, in der Zeit vom 23. März ab die Fürsorgefrage zu erledigen. Der Ausschuß trat aber, weil der Vorsitzende des Ausschusses nicht vorher eingeladen hatte, erst am 25. März zusammen, und zwar nicht mit der Tagesordnung: „Beratung der Fürsorge“, sondern um über die weitere Arbeit des Ausschusses zu sprechen. Zunächst wurde beschlossen, das Knappschaftsgesetz am 20. April in die zweite Lesung zu bringen. Auf Anfrage von sozialdemokratischer Seite, wie es mit der Beratung der Fürsorge steht, erklärte der Vorsitzende Esser (Zentrum), daß die Beratung keinen Wert mehr habe, weil das Plenum des Reichstags sich mit den Ergebnissen nicht mehr beschäftigen könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß beim Wiederzusammentritt des Ausschusses das Knappschaftsgesetz beraten wird und dann die Fürsorge wieder nicht an die Reihe kommt. Die Sozialdemokratie forderte deshalb die sofortige Beratung, damit alsdann das Plenum schneller dazu Stellung nehmen könne. Auf die Frage, wie denn das Reichsarbeitsministerium zu der Verzögerung steht, erklärte der Vorsitzende, daß das Reichsarbeitsministerium keinen Wert auf sofortige Beratung legt, wenn das Plenum nicht mehr dazu Stellung nehmen kann. Diese Haltung des Reichsarbeitsministeriums bot der bürgerlichen Mehrheit willkommenen Anlaß, gegen unsere Stimmen zu beschließen, die Fürsorge nicht mehr zu beraten.

Dieser Beschluß bedeutet, daß den Sozialrentnern die Vorteile des Gesetzes vom 14. Juli und 12. August 1925 noch weiter vorbehalten werden. Dieser unerträgliche Zustand dauert jetzt schon bald dreiviertel Jahr. Noch am 19. März erklärte eine Vertreterin des Zentrums im Ausschuß, daß die Beratung der Fürsorge eilt. Am 25. März stimmte das Zentrum gegen die Beratung der Fürsorge.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten forderten nunmehr die Beratung ihres Antrages auf Erhöhung der Invalidenrente. Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte sich damit einverstanden und setzte die Sitzung an. In dieser Sitzung beantragte der Abg. Thiel von der Deutschen Volkspartei, daß die Beratung nicht mehr vorgenommen werden soll. Die Bürgerlichen stimmten einmütig diesem Antrage zu.

Heute Entscheidung in Paris.

Havas rechnet 20 Stimmen Mehrheit für Briand aus.

Paris, 31. März. (WIB.) Nach einer Meldung der Agentur Havas dürfte bei der Abstimmung über das Finanzgesetz das Ministerium 200 bis 220 Stimmen gegen sich haben und 230 bis 250 Stimmen für sich, so daß mit einer Mehrheit von etwa 20 Stimmen zu rechnen wäre.

Chamberlain über Brasiliens Veto.

Erklärungen vor einem Unterhandausschuß.

London, 31. März. (WIB.) „Daily News“ berichtet über die gestrige Erklärung Chamberlains vor dem Parlamentsausschuß für Völkerbundfragen über die Vorgänge auf der letzten Genfer Konferenz. Der britische Außenminister hat eine Reihe von ihm allein oder gemeinsam mit Briand an Brasilien gerichtete Schriftstücke zur Verlesung gebracht, in denen Brasilien dringend um die Zurückziehung des Vetos gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ersucht wurde. Chamberlain erklärte auf verschiedene Anfragen, hinter Brasilien habe weder Italien noch Frankreich gefunden, auch deutete nichts darauf hin, daß der Vatikan oder Spanien die Opposition Brasiliens veranlaßt habe. Seiner Ansicht nach sei der einzige Grund für die Haltung Brasiliens die öffentliche Meinung in diesem Lande und das Herannahen der brasilianischen Präsidentschaftswahlen.

Widerwilliges Geständnis.

Die Anschlußgegner müssen zugeben...

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin ist von der französischen öffentlichen Meinung aufmerksam verfolgt worden und hat zahlreiche Kommentare der Presse zur Folge gehabt. Von diesen Kommentaren, die in der großen Mehrzahl die alten französischen Argumente gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland wiederholen, sind erwähnenswert die Neuherausgaben des nationalistischen „Echo de Paris“. Das Blatt unterläßt zwar nicht, die Gefahr des Pangermanismus an die Wand zu malen und hält für sehr wahrscheinlich, daß der Anschluß durch eine Anzahl von Sondermaßnahmen, wie Handelsvertrag, Vereinheitlichung der Gesetzgebung, gemeinsame Außenpolitik usw. eingeleitet werde, unterstreicht aber doch, daß angesichts der gegenwärtigen Lage der Dinge diese Entwicklung als zwan g s l ä u f i g erscheine. Man habe alles getan, um Oesterreich seiner Unabhängigkeit (!) überdrüssig zu machen, besonders durch die zahlreichen ergebnislos verlaufenen Versuche einer Wirtschaftsannäherung zwischen Oesterreich und den anderen Nachbarstaaten. Die wirtschaftliche Misere Oesterreichs sei ein Dauerzustand geworden. Die vom Völkerbund zur Prüfung der Lage Oesterreichs entsandten Delegierten hätten im vergangenen Jahre festgestellt müssen, daß das Oesterreich von heute nur etwa die Hälfte seines Handels mit dem ehemals mit ihm im gleichem Staatsverband stehenden Gebieten habe.

England und die Reise Dr. Kameks.

London, 31. März. (WIB.) Die „Times“ widmen dem Berliner und Prager Besuch Dr. Kameks einen Leitartikel, der anscheinend amtlich beeinflusst ist: In Deutschland wie in der Tschechoslowakei hätte die Reise des Bundeskanzlers Verhandlungen in die Wege geleitet, die für Oesterreich wegen des Abfalles seiner Erzeugnisse von außerordentlicher Bedeutung seien. Es sei kein Zweifel, daß Oesterreichs Lage schwierig sei. Das kleine Land könne eine für ein großes Land gedachte Hauptstadt nicht erhalten, aber es gebe keine Möglichkeit, die Entwicklung der Dinge umzukehren. Fortschritt und das Vertrauen in Mitteleuropa könnten nicht wieder hergestellt werden, ohne daß die österreichischen Nachbarstaaten endlich des gegenseitigen Mißtrauens entwöhnten. Die Haupt-schwierigkeiten Oesterreichs seien durch die hohen Zolltarife

der Nachbarstaaten hervorgerufen. Jedesmal, wenn die österreichische Wirtschaft wegen der Undurchdringlichkeit der Tarif-mauern Rot leide, würde der Anschlußgedanke noch populärer. Es wäre gut, sagt das Blatt, wenn dieser Gedanke fallengelassen würde, da durch den Anschlußgedanken weiter nichts entstände als allgemeine Unruhe (?). Solange aber Oesterreich sich wirtschaftlich unsicher fühle, müsse die Versuchung bestehen bleiben, mit diesem Gedanken zu spielen.

Is Italien unser Vormund?

Rom, 31. März. (WIB.) Die „Tribuna“ meint, die Kametreise hätte dem Pangermanismus die Krone aufgesetzt, wenn nicht das Veto Mussolinis und der Genfer Mißerfolg Deutschlands den Ton wenigstens offiziell herabgemildert hätten. Der „Messaggero“ behauptet, daß das Wolff-Kommuniqué den Charakter der Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich nicht klar erkennen lasse. Das „Giornale d'Italia“ sieht schon in der wirtschaftlichen Verbindung beider Länder einen ersten Schritt zur Vorbereitung des Anschlusses. Die europäischen Kabinette müßten, ebenso wie Italien, diese österreichisch-deutsche Aktivität wachsam verfolgen.

Averescus Anfang.

Knebelung der Oppositionspresse.

Bukarest, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett Averescu hat in seinem ersten Ministerrat beschlossen, die Neuwahlen am 25. Mai durchzuführen. Die Regierung wird ein Manifest mit der Aufforderung erlassen, die Wahlen geduldig abzuwarten und Ruhe zu bewahren. Die erste Tat des Innenministers Goga war, die führenden Journalisten zu sich zu berufen und sie zu warnen, in der Presse beunruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken. Eine Zeitung ist schon beschlagnahmt worden, weil sie die Berufung Averescus einer Kritik unterzogen hatte.

Die Handelspolitik.

Vorbereitung der Verträge mit Spanien und Schweden.

Am Dienstag nachmittag empfing der Reichskanzler in Gegenwart des Reichsaußen-, des Finanz-, des Wirtschafts- und des Ernährungsministers Vertreter von Industrie, Handel, Landwirtschaft, Weinbau und der Gewerkschaften zu einer Aussprache über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Spanien. Nach eingehenden grundsätzlichen Darlegungen wurde auf Vorschlag des Reichskanzlers ein Ausschuß aus den beteiligten Wirtschaftsgruppen gebildet, der mit der Regierung zusammen das gesamte einschlägige Material überprüfen wird.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der schwedischen Delegation über den Abschluß eines Handels- und Schiffsabtrages mit Schweden, welche bis heute in Berlin stattgefunden haben, werden über Ostern ausgelegt werden. Die schwedische Delegation kehrte am Dienstag abend nach Stockholm zurück.

Bayerische Sorgen.

Geld und die „Staatspersönlichkeit“.

München, 31. März. (WIB.) Die „Augsburger Postzeitung“ gibt in einem längeren Artikel über die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung in Bayern zu erkennen, daß Ministerpräsident Dr. Held, wenn er nicht in der Lage wäre, die von ihm als unabweisbar notwendig erkannte Reform der Staatsverwaltung durchzuführen, nicht zögern würde, die Konsequenzen zu ziehen. Ministerpräsident Dr. Held wolle seinen Namen nicht mit einem Zusammenbruch der bayerischen Staatspersönlichkeit und des Staatsganzen verknüpfen lassen. Wenn die Einflüsse parteipolitischer oder lokaler Natur sich stärker erweisen sollten als die Einsicht in die zwingendsten Staatsnotwendigkeiten, dann werde der Ministerpräsident und mit ihm das ganze Kabinett zurücktreten.

und verhinderten dadurch die Beratung unseres Antrags auf Erhöhung der Invalidenrente.

Durch dieses Vorgehen der bürgerlichen Parteien im Reichstage werden die Veteranen der Arbeit schwer geschädigt. Für invalide Arbeiter und deren Hinterbliebenen ist keine Zeit zu Beratung.

Die ehrliche „Rote Fahne“.

Zum neuesten kommunistischen Parteibruch.

Die „Rote Fahne“ schwört, aus den Veröffentlichungen des „Vorwärts“ über den kommunistischen Parteibruch erfahre niemand etwas Neues. Es handle sich nur um eine „winzige ultralinke Clique“, und die kommunistische Partei werde „die Rebellion einer kleinbürgerlichen Clique offen vor der ganzen Arbeiterschaft liquidieren“. Um diese beschlossene Offenheit etwas zu fördern, veröffentlichen wir weitere Anlagen und Argumente der kommunistischen Opposition gegen die Zentralkommunisten. Die Art der Argumentation der Linken ist um so interessanter, da sie den Zentralkommunisten das vorwirft, was diese ihrerseits der Sozialdemokratie nachsagen.

Zunächst zum Volksbegehren. Darüber heißt es in einem Semper-Idem-Rundschreiben der Linken:

„Ernsthaft betrieb die Partei Fürstenkampagne. Diese Kampagne kann keineswegs abgelehnt werden, denn es handelt sich hier auch um eine Frage, mit der breite Massen mobilisiert werden können. Man muß aber wissen, wozu Protest ist es, wenn die Fürstenkampagne die Erwerbslosenfrage geradezu verdrängt und die Augen der Partei von den Justizkampagnen Klassenkämpferischer Art ablenkt. Wir führen jetzt diese Kampagne genau nach Brandlers Motto: In der Republik ohne Republikanismus, in der Demokratie ohne Demokraten müssen wir die Republikaner und die Demokraten sein.“ Wir pfeifen geradezu den Massen die Illusion ein, als wenn der Volksentscheid ein Hilfs- und Rettungsmittel sei, statt in der Erkenntnis, daß es nicht zum Volksentscheid kommt, die Gelegenheit zu benutzen, an Hand dieses Beispiels die „Demokratie“ und die „Republik“ zu entlarven.“

Arme Zentralkommunisten, die die Demokratie so wenig entlarven haben, daß sie in der „Roten Fahne“ ihren Agitatoren befehlen, den Massen den Wert der Demokratie zu lehren!

Die „Rote Fahne“ schreit laut über den sozialdemokratischen Sachsenkonflikt. Ja Sachsen! Darüber heißt es in dem Rundschreiben:

„Die Politik in Sachsen, geleitet wie früher von Paul Böttcher, ist die Wiederholung der Kunststücke aus dem Jahre 1922 und 1923, mit dem Unterschied, daß man jetzt auch noch die Betriebsrätebewegung bewußt sabotiert hat. Böttcher begann im November in Sachsen so offensichtlich Blockpolitik mit den S.P.D.-Führern zu treiben (offener Brief an die Landtagsfraktion der S.P.D.), daß es selbst Leuten wie dem bekannten Chamäleon Heinrich zuviel wurde und daß auf dem Chemnitzer Parteitag trotz Anwesenheit von Schaefer sich heftiger Widerspruch bemerkbar machte.“

Das linke Rundschreiben gibt deshalb den Kommunisten folgenden Rat:

„Die Genossen müssen möglichst die „Leipziger Volkszeitung“ und die Sachsenpresse der Partei verfolgen, da kein Zweifel ist, daß sich in Sachsen noch unglaubliche Schweinereien abspielen werden.“

Wir haben über diese Kaufereien der Kommunisten untereinander in der „Roten Fahne“ noch nichts gelesen, trotz des Schwurs der „Roten Fahne“, sie wolle die Linken offen vor der ganzen Arbeiterschaft liquidieren.

Wieder einer.

Die „Rote Fahne“ teilt mit:

Der Parteitag Groß-Hüringen hat einstimmig beschlossen, Otto Gelsner, Gotha, aus der Partei auszuschließen.

Eine vom Parteitag eingesetzte Kommission hat nach eingehender Prüfung alles vorliegenden Materials folgende Feststellungen gemacht.

Die Kommission zur Prüfung der Angelegenheit Geithner stellt fest:

1. Daß Geithner nach seinen eigenen schriftlichen Mitteilungen nicht auf dem Boden der kommunistischen Partei steht. In allen entscheidenden und prinzipiellen Fragen, in der Frage der Partei und der Kommunisten, in der Stellung zu Sowjetrußland, in der Organisations-, Gewerkschafts- und Bauernfrage und der Frage der Parteidisziplin nimmt Geithner eine völlig antikommunistische Stellung ein.

2. Durch eine jahrelange ununterbrochene Kette schwerster Disziplinbrüche, durch Verweigerung der Partei- und Fraktionsarbeit, hat er sich längst außerhalb der Partei gestellt.

3. In verräterischer Weise hat er die Partei der bürgerlichen Klassenjustiz denunziert.

4. Infolge hat er sich trotz einstimmigen Beschlusses der Bezirksleitung geweigert, sein ihm von der Partei übertragenes Landtagsmandat niederzulegen. Obwohl er sein Verhältnis zur Partei als unfürsorglich bezeichnet, hat er es bisher unterlassen, sich von der Partei zu trennen.

Die Kommission stellt fest, daß Geithner das Recht verlor, Mitglied der SPD. zu sein und daß jeder einzelne der angeführten Punkte allein genügt, ihn aus der Partei auszuschließen.

Kommentar überflüssig.

Die Furcht vor dem Volke.

Deutsche Volkspartei und Volksentscheid.

Die parteiamtliche Korrespondenz der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, veröffentlicht eine elegische Betrachtung über das Ergebnis des Volksbegehrens. Darin heißt es:

„An der Spitze derjenigen Wahlkreise, in denen mehr Stimmen für das Volksbegehren abgegeben wurden, als für die sozialistischen und kommunistischen Parteien bei der Reichstagswahl marschieren: Baden 84 Proz. mehr, Köln 58 Proz., die beiden Berliner Wahlkreise je 45 Proz., Oppeln und Koblenz je 44 Proz., Württemberg 42 Proz. mehr.“

Wenn auch ohne weiteres sicher ist, daß an dem Mehr die demokratische Wählerschaft einen starken Anteil hat, so muß doch ins Auge fallen, daß diese Wahlkreise mit besonders starker Steigerung zu den Dominänen des Zentrums gehören. Baden und Köln lehren das ganz deutlich. Eine Ausnahme bildet lediglich Berlin, wo die Deutschnationalen die stärkste bürgerliche Partei darstellen. Hier haben die Unterschriften für das Volksbegehren sogar eine größere Zahl erreicht, als Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zusammengenommen an Reichstagswählern aufweisen. Zweifellos müssen also aus den Kreisen der deutschnationalen Wählerschaft erhebliche Teile für das Volksbegehren eingezeichnet haben.

So unerfreulich diese Feststellungen auch sein mögen, so falsch wäre es, den Kopf in den Sand zu stecken.

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß bei der geheimen Volksabstimmung die noch fehlenden 7½ Millionen Stimmen für den Fürstenausschuss aufgebracht werden,

wenn bis dahin die gesetzgeberische Regelung durch das Kompromiß im Reichstage nicht zustande gekommen ist. Erst wenn diese Unterlage geschaffen ist, wird es möglich sein, den volkswirtschaftlichen Plänen in der Deutlichkeit mit aller Energie zu begreifen. Die Dinge anders darzustellen, halten wir für verfehlt.“

Jawohl, es hilft kein Kopf-in-den-Sand-Stecken. Das Volk hat seine Stimme erhoben, und die Parteien, die sich vor der Stimme des Volkes fürchten, obgleich sie sich „Volkspartei“ nennen, werden beim Volksentscheid ihr blaues Wunder erleben.

Gesler und Bismarck-Bund.

Der „Spiegel“.

In seiner Rede zum Reichwehretat stellte der Genosse Künstler fest, daß bis in das Jahr 1925 hinein Offiziere des 4. preußischen Infanterieregiments Angehörige des Bismarck-Bundes und des Jungdo militärisch ausgebildet. In einer schriftlichen Antwort des Reichswehrministers wurde das bestritten. Genosse Künstler wiederholte im Reichstag seine Behauptung und bezeichnete die Antwort des Wehrministers als eine Falschmeldung der untergeordneten Stellen des Reichswehrministeriums. Dabei rief Dr. Gesler dem Genossen Künstler zu: „Ich bin Ihnen für den Beweis dankbar.“

Genosse Künstler trat den Beweis an und ging mit seinem Gewährsmann zu Dr. Gesler in das Reichswehrministerium. Der Gewährsmann, ein ehemaliger Reichswehrsoldat, hatte vier- bis fünfmal an der Ausbildung der Bismarckbündler teilgenommen. Er wollte nun seine Erlebnisse dem Wehrminister vortragen. Dieser jedoch empfing ihn im Beisein des Genossen Künstler mit den Worten: „Sie also sind der Mann, der als Spiegel im Bismarck-Bund tätig war!“

Im Interesse der Sache beantragte der Gewährsmann so viel Takt, daß er die Provokation des Herrn Gesler überhörte.

Das Betragen des Reichswehrministers läßt allerlei Schlussfolgerungen zu, wie in seinem Bereich Beschwerden „objektiv“ gemeldet und verfolgt werden. Ein weiteres Wort darüber wird noch zu sprechen sein, wenn die neue Antwort des Herrn Wehrministers vorliegt.

Reichswehrminister Gesler wird nach Ostern einen zwei-monatigen Urlaub antreten.

Neue Fraktionstrennung in Sachsen.

Verschärfung des Konflikts.

Die „Volkszeitung für die Oberlausitz“ meldet, daß der Bezirksvorstand Ost-Sachsen der Sozialdemokratischen Partei gestern einstimmig beschlossen habe, den Landesvorstand der Partei zu ersuchen, daß die bisherige Fraktionsminderheit im sächsischen Landtag ermächtigt wird, selbständig vorzugehen und als Vertretung der Sozialdemokratischen Partei im Landtage aufzutreten.

Disziplinierung eines Polizeihauptmanns.

Der preussische Minister des Innern hat den Polizeihauptmann Bender gemäß § 12 Ia des Schutzpolizeibeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt, weil er nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für seine dienstliche Verwendung nötige Eignung und Fähigkeit nicht mehr besitz.

Der Amtliche Preussische Pressedienst bemerkt dazu: Wie innerlich, hat Polizeihauptmann Bender in Magdeburg am 30. September 1925 in Zivil eine öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei besucht, deren Sicherheitspolizeilicher Schutz ihm als zuständiger Repräsentant oblag. In dieser Versammlung griffen die Versammlungsredner den preussischen Minister des Innern in schärfster Weise an und verlangten seine Entfernung aus dem Amt. Nach seinem eigenen Geständnis und nach Feststellung durch Zeugenaussagen hat Polizeihauptmann Bender diesen Ausführungen der Redner mehrfach ausdrücklich Beifall durch Handklatschen gezollt.

Feste Börse.

Trotz des etwas teureren Geldes und trotz der schwachen New Yorker Börse war die heutige Börse aus Provinzialpublikum und Auslandskäufen außerordentlich fest. In erster Linie Montanaktien und Chemische. Montanaktien gewannen vielfach bis zu 5 Proz., auch Kalksteinwerte, Elektrizitätswerte verhältnismäßig vernachlässigt. Von sonstigen Industriaktien besonders alle Motorenwerte bevorzugt, auch Schiffahrtsaktien unter Bevorzugung von Hapag fest. Banken zwar stiller, aber ebenfalls behauptet. Am Anleihemarkt war das Geschäft nicht sonderlich groß.

Eine Grotteske gegen den Krieg.

Da man in der Revolution verabsäumt hat, die Amtsstuben gründlich auszuräumen, und da der Bürger mit zäher Beharrlichkeit an den schon seinen Urahnen eingetragenen Ansichten festhält, hat es ein neuer fröhlicher Freiheitsgeist schwer, durchzudringen. In einer Zeit, wo wir die Hoffnung auf einen frischen Luftzug allmählich zu Grabe tragen, begrüßen wir Jungen den Mut des Theaters, das trotz seiner schweren Not die Kulturaufgaben übernimmt, die Ministerien, Parlamente und Zeitungen vergessen haben. Nicht alle Theater leisten sich den Luxus, Spektakelstücke auszuführen. Wir begrüßen die Volksbühne, daß sie den fröhlichen Kampf für fortschrittlichen Geist aufnimmt.

Das „Theater am Schiffbauerdamm“ führte gestern eine Grotteske des Franzosen Marcel Achard „Marlborough zieht in den Krieg“ auf. Eine historische Angelegenheit, der große Krieg zwischen Frankreich und England, wird hier behandelt, und man merkt nirgends den dozierenden Finger des Oberlehrers. Der französische Dichter hat schon recht, wenn er sagt, es ist eigentlich kein Lustspiel, es ist ein Chanson. Die großen Gehehnisse sind mit ganz leichter Hand spielerisch fädelnd hingepinelt, und überall zwinkert das schelmische Auge eines liebenswürdigen Satirikers hervor. Achard entledigt Heldenstum und Krieg und die große Zeit, mit einem Wort die hohlen Phrasen, die in jedem Krieg die Begeisterung der Massen anstecken sollen, vollkommen ihres Pathos. Was groß scheint, wird hier zur lächerlichen Farce. Der Dichter geht an nichts vorüber, weder am sogenannten heiligen Gefühl der Liebe, noch am Landesmutierium einer stolzen Königin, noch am Heldenstum des Feldherrn oder der Soldaten. Wenn der selbstgefällige Feldmarschall Marlborough einen Sieg erringt, so hat er das nicht seiner Klugheit oder Heldenhaftigkeit zu verdanken, sondern einem blinden Zufall. Und auch sein Tod hat nichts Heroisches an sich. Es stirbt in ihm ein eiliger Ged. Nur die besüßelte Phantasie eines poetisch empfindenden Offiziers weht um seinen Tod eine legende draufgängerischer Heldenhaftigkeit und edlen Menschentums. Und obwohl dieser selbe Offizier späterhin verrät, daß seine ganze Erzählung Schwindel gewesen ist, daß Marlborough auf der Flucht einen schmachvollen Tod erlitten hat, glaubt ihm das kein Mensch. Man will sich eben im Krieg an irgend etwas begeistern, und sei es an einer die aufgetragenen Lüge. Entzückende Einfälle hat der Dichter und schillernden Wit, der an Shaw erinnert, so — in der grotesken Beralberung althergebrachter, ehrwürdiger Anschauungen ihn noch überbietet. Wir sehen ein Schlachtfeld auf der Bühne. Es treffen sich zwei feindliche Soldaten, ein Franzose, zerlumpt und verdreht, und ein Engländer. Beide mit dem ausgesprochenen Willen, nicht mehr mitzuspielen. Sie haben es die, sie drücken sich. Aber der eine hat vor dem anderen namenlose Angst. Die Granaten heulen, schlagen ein, die beiden werfen sich platt auf die Erde, überbergen sich voreinander, bis plötzlich der Franzose niesen muß.

Da wirft sich der Engländer wieder auf den Bauch. Niesen mit dem Einschlagen einer Granate zu vergleichen, ist die grandioseste Verpottung des Ernstes einer Schlacht, die man sich denken kann. Und dann beginnen die beiden darum zu feilschen, wer der Gesangene des anderen sein soll. Auch die Frauen bekommen einen Seitenhieb ab. Als ein paar Offiziere vom Krieg heimkehren, bedauert ein Mädchen, daß keiner von ihnen gefallen ist, mit den Worten: Vier Männer und kein Helidentum.

Achards Stück ist ein bißchen dünn in der Durchführung, aber der Anfang für eine neue begriffswerte Art der Grotteske. Und manche werden an dem Spinnismus Anstoß nehmen. Aber wo soll man anfangen mit einer Reformierung der Anschauungen über den organisierten Massenmord Krieg, wenn die Menschen aus dem furchterlichen Erleben nichts lernen wollen!

Die Inszenierung des Erwin Kaiser holte aus der Grotteske alles heraus, was herauszuholen war. Ein entzückender Einsatz, Schlachtmusik mit einer Jazzbandkapelle zu machen. Leo Reuß war ein prächtiger Marlborough mit wunderbarer Grandezza. Die schöne Hermine Sterler wirkte wie ein Bild von Gainsborough, Elisabeth Neumann, Liselotte Demera, Karl Ludwig Koch und Eigmund Runberg taten ihr Bestes.

Ernst Degner.

Das Paradies auf den Galapagos-Inseln.

Vor Jahresfrist machten sich dreißig Norweger, die des einheimischen Lebens in ihrer Heimat und des ewigen Steuerzahlens überdrüssig waren, nach einem lässigen Entschluß auf die Fahrt nach einem schöneren und glücklicheren Land; zu diesem Zweck kauften sie sich einen Dampfer, der sie nach fernen Zonen führen sollte, wo sie das Glück zu finden hofften. Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das am meisten lockte und die günstigsten Bedingungen zu bieten schien, wurde jedoch nach eingehender Überlegung verworfen, weil die strengen Einwanderungsgesetze der Union dem Vorhaben der Norweger unüberwindliche Hindernisse entgegenstellten. Die unternehmungslustigen Walfänger steuerten daher nach dem stillen Ozean, von dessen Inselgruppen ihnen erfreuliche Kunde gemeldet war, und sie landeten auf La Floreana, einer der Galapagos-Inseln westlich der Küste von Ecuador. Bisher galten die bis auf das Eiland Chatham unbewohnten Inseln als nicht kulturfähig. Die Galapagos- oder Schildkröten-Inseln waren von den Spaniern im 16. Jahrhundert entdeckt, aber nicht befehrt worden, und auch später wurden sie nur vorübergehend von Freibeutern und Walfischjägern besucht. Im Jahre 1832 nahm die Republik Ecuador den ganzen Archipel in Besitz und überließ vier Inseln einem General Williams aus Louisiana zur Kolonisation, der die südlichste Gruppe am Ritzpunkt der Ansiedlung wählte und La Floreana nannte. Dort bildete sich denn auch eine Kolonie von etwa dreihundert bis vierhundert Menschen, meist farbigen aus Gefängnissen, die sich jedoch später wieder zerstreut haben. Auch der Versuch der Regierung, dort eine Strafkolonie einzurichten, hatte keinen Erfolg. Am Ende der Norweger mit der Erlaubnis der Regierung von Ecuador, dort zu siedeln, auf der Insel gelandet. Unter den Glücks-

juchern befand sich auch der in Norwegen angesehene Forscher Dr. A. Wollbeil, der soeben mit einer reichen Sammlung verschiedenartiger Tiere, Fische, Insekten und Nischenalbeden, die schon die Bewunderung und Aufmerksamkeit Darwins erregt hatten, nach Norwegen zurückgekehrt ist. Nach der geradezu begeisterten Schilderung, die Dr. Wollbeil von diesem Land entwirft, ist die Insel ein wahres Paradies. Dort herrscht ein ideales Klima, dem die Kolonisten es danken, daß im Verlauf des Jahres kein einziger Krankheitsfall vorkam. Der Boden ist außerordentlich fruchtbar, Obstbäume und Früchte gedeihen in üppiger Fülle, an Wild und Schildkröten herrscht Überfluß, das Meer wimmelt von Fischen und Krebten. Auch gibt es dort wilde Pferde, Büffel, Ochsen, Ziegen und Hunde in großer Zahl; diese Tiere sind die verwilderten Nachkommen der vor vielen Jahrzehnten von den ursprünglichen Ansiedlern zurückgelassenen Arten. Die Kolonisten haben sich feste Wohnhäuser erbaut und beabsichtigen, ihre Familien aus Europa nachkommen zu lassen. Der Bericht des Gelehrten über dieses Paradies hat in Norwegen großes Aufsehen erregt. Es hat sich bereits eine neue Gesellschaft von Norwegern zusammengesunden, die von der Regierung von Ecuador die Erlaubnis erhalten hat, eine andere Galapagos-Insel zu besiedeln, und die demnächst ihre Fahrt nach dem stillen Ozean antreten wird.

Lange drahtlos! Aus Anlaß der diesjährigen Jahresversammlung des Rationalverbandes für Radiotechnik, die demnächst in London stattfinden wird, soll ein neues Verfahren praktisch erprobt werden, das bestimmt ist, die Wünsche der Tausendigen zu befriedigen und gleichzeitig denen entgegen zu kommen, die die Musik, weil mit Geräusch verbunden, als Störung der Unterhaltung empfinden. Jeder Zuhörer soll einen Hörer erhalten, dessen besondere Konstruktion es ermöglicht, ohne Verwendung von Verbindungsdrähten die Musik von einem Empfänger unmittelbar aufzunehmen, der in einem benachbarten Raum aufgestellt ist. So werden die Zuhörer nicht gestört und können sich ruhig unterhalten, während die tanzenden Paare sich lautlos auf dem Parkett bewegen.

Neue amerikanische Gasbomben. Von einer neuen Erfindung der amerikanischen Kriegstechnik, die, wie man weiß, auf dem Gebiet der Gasfabrikation beträchtliches leistet, wissen die New Yorker Blätter zu berichten. Man stellt in den chemischen Laboratorien der U.S.A. jetzt eine Fliegergasbombe her, die das antichemische Gewicht von zwei Tonnen besitzt. Sie soll beim Auslösen einen Trichter von 45 Meter Durchmesser in den Boden graben. Ein ungeschütztes und geruchloses Gas bildet den Inhalt dieses furchtbaren Geschosses; die Fällung soll, wenn man den Blättern glauben darf, die von diesem „Fortschritt“ zu melden wissen, die Erblindung aller Bewohlenen im Gefolge haben, die mit dem Mordgas, das sich über weite Strecken hin verbreitet und lange wirksam erhält, in Verbindung kommen.

Die Corinth-Kunstausstellung in der Berliner Nationalgalerie ist, da die Werke am Karfreitag geschlossen sind, in dieser Woche am Mittwoch und Donnerstag unentgeltlich zugänglich.

St. Marienkirche, Neuer Markt. Gründonnerstag, Abend 8 Uhr: Passionssongert. Männerchor Ehrenmalter Schiller des Domchor und St. Marien-Frauenchor. Leitung und Orgel: A. Preuß. Eintritt 50 Pf. an der Abendkasse.

Die Vorgänge bei der Staatsbank.

Strafanträge des Staatsanwalts.

Nach mehrwöchiger Verhandlung stellte Staatsanwaltschaftsrat Duden im feinen Barmal-Prozess gegen den angeklagten russischen Staatsangehörigen Dr. Michael Feld, sowie gegen die angeklagten Beamten der Staatsbank Blodow, Kerstan, Jost und Reibel folgende Strafanträge:

Der Angeklagte Feld ist wegen Untreue in Lateinheit mit aktiver Bestechung in drei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis zu verurteilen, von der 4 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet werden, so daß noch 1 Jahr Gefängnis zu verbüßen ist. Der Staatsanwalt bat in diesem Falle das Gericht, dem Angeklagten, dem allerdings mildernde Umstände zu gewähren seien, keine Strafaussetzung und keine Bewährungsfrist zuzubilligen. Auch dem Angeklagten Blodow sollen mildernde Umstände zugestanden werden. Bei ihm sind fünf Fälle von passiver Bestechung in Lateinheit mit Untreue erwiesen, wofür auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis zu erkennen ist, unter Anrechnung von 5 Monaten der Untersuchungshaft. Da der Angeklagte Blodow nach dem Gang der Verhandlung nicht rechts gehandelt zu haben scheint, beantragt der Staatsanwalt, nicht auf Ehrverlust zu erkennen, ihm aber auf die Dauer von 3 Jahren die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abzuspüren. Für den Angeklagten Kerstan, der, wie der Staatsanwalt ausführte, vor Gericht einen überaus schlechten Eindruck gemacht habe und der Justiz in den Arm gefallen sei, beantragte der Staatsanwalt unter Anerkennung mildernder Umstände für sechs Fälle von Untreue in Lateinheit mit passiver Bestechung eine Gesamtstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 5 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Ferner sollen diesem Angeklagten 5 Jahre Ehrverlust, sowie die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren ausgesprochen werden. Außerdem beantragte der Staatsanwalt, gegen Kerstan Haftbefehl zu erlassen, da für ihn, der Junggeheile sei, Fluchtverdacht bestehe. Für den Angeklagten Jost beantragte der Staatsanwalt für fünf Fälle von passiver Bestechung in Lateinheit mit Untreue 9 Monate Gefängnis und die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, für den Angeklagten Reibel für vier Fälle von passiver Bestechung in Lateinheit mit Untreue 9 Monate Gefängnis. Ferner sollen die erhaltenen Bestechungsgelder und Zuwendungen, soweit ihr Wert noch feststellbar ist, eingezogen werden.

Zur Begründung führte Staatsanwaltschaftsrat Duden aus, daß in sämtlichen Fällen und bei sämtlichen Angeklagten Bestechung in Lateinheit mit Untreue bzw. mit Untreue erwiesen sei. Auch der Kausalzusammenhang der Zuwendungen mit den strafbaren Handlungen, deren sich sämtliche Angeklagten nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme bemächtigt haben, sei erwiesen. Strafmildernd kommt für den Angeklagten Feld in Betracht, daß er als russischer Staatsangehöriger mit den deutschen Verhältnissen nicht so vertraut gewesen sei, und daß auch die Beamten pflichtwidrig gehandelt hätten. Für die Beamten sei als strafmildernd geltend zu machen, daß sie sich in einem bewegten Inflations-taumel befunden hätten. Strafmildernd sei aber der große Schaden, der durch ihr Verhalten der Preussischen Staatsbank zugefügt worden sei, und den man für jeden Angeklagten auf etwa drei Viertelmillionen schätzen müsse.

Die Volksofferschwindler.

Vernehmung der Angeklagten.

Dresden, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Fortsetzung der Verhandlung des Volksoffers-Prozesses gab der zweite Angeklagte, Hauptmann a. D. Löffler, an, 1889 in Leipzig als Sohn eines Oberpostleiters geboren zu sein. Den Titel Major führte er zu Unrecht. Er will ihn auf Grund einer Zeitungsnachricht angenommen haben, die jedoch keine amtliche Bestätigung gefunden habe. Buchhalter Grindel, der dritte Angeklagte, ist 1887 in Coswig geboren und verheiratet. Die mitbeschuldigte Langguth steht im 23. Lebensjahr und war im Volksoffer als Kontoristin tätig. Reihner versicherte, daß die als Darlehen oder Geschenke verwendeten Gelder von einer „hochgestellten nationalen Persönlichkeit“ gestammt hätten, deren Namen er aus politischen Gründen nicht nennen könne. Er gab ferner an, daß es keine festen Bestimmungen über die Verteilung der Sammlungserträge gegeben habe und daß die Kasse in den Händen Löfflers gewesen wäre. Die Buchführung lag bei Grindel.

Reihner und Löffler widersprachen einander sehr häufig, insbesondere auch in ihren Darlegungen über die Abhebung und Verbuchung der Gelder. Die Ausstellung von Quittungen war durchaus nicht üblich. Grindel belastete Reihner sehr stark. Dieser soll, als die Entdeckung drohte, den Grindel zu bestimmen versucht haben, die Belege über gegebene Darlehen zu vernichten. Einmal soll Reihner dem Buchhalter sogar gedroht haben, daß er ihn erlidgehen lassen werde, für den Fall, daß Grindel etwas in die Öffentlichkeit bringe. Zu den einzelnen Punkten der Anklage macht Reihner immer sehr unklare Angaben und bezog sich auf den großen nationalen Uebelstand bei der Verwendung der Gelder an nationale Organisationen oder bestritt die Belastung.

Die Zeugenvernehmung findet heute Mittwoch statt.

In Ungnade.

Unter der Fuchtel der Sowjetpresse.

Der Dichter Ernst Toller ging vor kurzem nach Russland, wie ein gläubiger Pilger nach Mekka geht. Er wurde dort auch mit großer Wärme empfangen und gefeiert. Es schien alles programmäßig zu verlaufen.

Bald wandelte sich aber die Szene. In der „Pravda“ vom 20. März erschien ein Artikel von Paul Werner (d. i. Paul Fröhlich) „Die Wahrheit über Ernst Toller“, in dem Toller als Phantast, Demagoge und Verräter heruntergerissen wurde. Toller habe die proletarische Verteilung der Münchener Räterepublik desorganisiert“, er habe „im Bunde mit ähnlichen kleingläubigen Leuten an die niedrigsten Instinkte des Kleinbürgertums, das sich im Münchener Räte festgesetzt hatte, appelliert“, er habe „den Untergang der bayerischen Räterepublik gefördert“ usw. Die Grundlage für diese Anklage besteht, wie aus dem Artikel selbst hervorgeht, einzig und allein darin, daß Toller, als der Zusammenbruch der Münchener Räterepublik unabwendbar erschien, nach Mitteln und Wegen gesucht hat, um den Rückzug unter den geringsten Opfern durchzuführen.

Man könnte nun meinen, daß dieser Vorstoß gegen Toller vielleicht nur Sache eines einzelnen sei. Das ist aber nicht der Fall. Die Redaktion der „Pravda“ veröffentlichte den Artikel Werners mit einer Erklärung, in der die Leser um Entschuldigung gebeten werden, daß in dem Blatte einige Tage vorher das Bild Tollers veröffentlicht wurde! So wird in Moskau ein sozialistischer Dichter behandelt, um dessen Gunst die Kommunisten sich bemüht waren und dessen Moskauer Kasse zur geistlichen Berührung des Sowjetlands ausgenutzt werden sollte. Die Hintergründe dieses infamen Streiches sind bis jetzt noch unklar. Wir wissen nicht, aus welchem Grunde Ernst Toller bei den maßgebenden Moskauer Stellen in „Ungnade“ gefallen ist. Eins erscheint aber sicher: daß man Toller nicht die Möglichkeit geben wird, öffentlich in der Sowjetpresse auf die Anklage Werners zu antworten. Denn gegen privilegierte Verfechter ist man in Sowjetland völlig machtlos.

Der Schatten in der Nacht.

Ein unheimlicher nächtlicher Gast macht sich seit etwa 14 Tagen in der Moabitser Gegend bemerkbar. Auf geradezu unbegreifliche Weise bewegt sich der noch unbekannte Eindringler in den Wohnräumen, so daß die Leute ihn immer nur als Schatten wahrnehmen und ihn infolgedessen auch nicht beschreiben können.

In der Oldenburger Straße tauchte er vor einigen Tagen auf. Nachdem er geräuschlos in eine Wohnung eingedrungen war, kam er in ein Zimmer, in dem ein junges Mädchen bei offener Tür schlief. Dieses erwachte plötzlich davon, daß es jemand an den Fußjohlen spürte. Als das Mädchen erschrocken in die Höhe fuhr, fiel ihm der blendende Schein einer Taschenlampe ins Gesicht. Am Fußende des Bettes stand ein Mann, dessen Gestalt sie nur in schattenhaften Umrissen erkennen konnte. Der Unheimliche befahl ihr, den Mund zu halten, und sah sich suchend im Zimmer um. Sie konnte sich in ihrer Angst aber doch nicht beherrschen, worauf der Eindringling ihr einen leichten Klaps auf den Mund gab und lautlos verschwand. Das Mädchen rief auf den Hof hinaus um Hilfe. Das hörte auch ihre Mutter, die im anstehenden Zimmer schlief. Als sie herbeieilen wollte, entdeckte sie, daß die Türen von außen verriegelt waren. Hausbewohner hielten die Rufe gehört und suchten das ganze Gebäude ab. Obwohl die Haustür noch verschlossen gefunden wurde, war der nächtliche Besucher bereits spurlos verschwunden. Es stellte sich heraus, daß die Wohnungsinhaber die Flurtür nur zugeschlossen und eine leichte Sicherheitskette vorgelegt hatten. Der gewiegte Eindringler hatte ohne Schwierigkeit das gewöhnliche Schloß geöffnet und die Kette durchgekniffen. Gestohlen hatte der Eindringling nichts.

Einen zweiten Besuch machte er in einer Wohnung in der Stephanstraße, wo er einem Chauffeur die Chauffeurkleidung, eine silberne Herrenuhr und einiges Hartgeld stahl. Mit besonderer Dreistigkeit aber ging er in der Waldstraße zu Werke. Gegen 2 1/2 Uhr nachts hörte eine Hausangestellte, deren Zimmer neben der Flurtür liegt, ein verdächtiges Geräusch am Schloß. Gleich darauf sah sie an der Milchglascheibe ihrer Tür den Schatten eines Männerkopfes. Sie rief sofort um Hilfe, und als die Hausbewohner zusammenliefen, war der Eindringler verschwunden und blieb unauffindbar. Als sich die allgemeine Aufregung etwas gelöst hatte und die Leute in die warmen Betten zurückgekehrt waren, erwiderte plötzlich aus einem Seitenschleier erneute Hilferufe. Auch hier hatte eine Frau einen Lichtschein und den Schatten eines Mannes gesehen. Wieder machten sich alle auf, um das Haus noch einmal gründlich zu durchsuchen, und entdeckten jetzt, daß die Bodenflur und die Dachfluren offen waren und daß der Eindringler so entwischt sein mußte. Auch in der Wohnung im Seitenflügel hatte er sich Zutritt verschafft, indem er die Sicherheitskette durchschnitt.

Schwerer Verkehrsunfall in Berlin O.

Eine Radfahrerin von einem Autoanhänger zermalmt.

Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in der Friedrichsfelder Straße in Berlin O. Der Ehemann F. John aus der Marienstr. 11 in Köpenick radelte mit seiner Frau die Friedrichsfelder Straße hinauf, als von hinten ein Lastkraftwagen mit Anhänger nahte. Der Anhänger geriet ins Schleudern und drängte beide gegen die Bordwand. Frau J. stürzte so unglücklich, daß die Räder des Anhängers über die Bedauernswerte hinwegrollten. Sie wurde nach der nächsten Rettungsstelle geschafft, wo der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Herr J. kam glücklicherweise ohne nennenswerte Verletzungen mit dem bleichen Schrecken davon. Die Schuldfrage dieses tragischen Vorfalls ist bisher noch nicht geklärt.

Ein rücksichtsloser Chauffeur.

Gestern Abend fuhr ein Personenkraftwagen, der von der Corneliustrasse kam, in rücksichtslosem Tempo in eine Gruppe von drei Passanten, die gerade die Budapeststraße überschreiten wollten. Der Sanitätsrat Dr. Herzfeld aus der Budapeststraße 1 erlitt Kopf- und Armerletzungen, seine Ehefrau eine klaffende Kopfwunde und Abschürfungen an der linken Hand, der Kaufmann Georg eine schwere Gehirnerschütterung. Alle drei erhielten in einer Rettungsstation die ersten Notverbände und komierten dann in ihre Wohnungen entlassen werden. Der Führer des Kraftwagens entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht.

Osten und Westen.

Wenn wir im folgenden die Preisunterschiede zwischen dem Osten und Westen der Stadt an der Hand einer kleinen Tabelle feststellen, so muß darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den angeführten Preisen um Durchschnittspreise handelt, die durch Nachfrage bei einer Reihe von Einzelhandelsgeschäften festgestellt wurden. Es kostete

	Im Osten	Im Westen	Im Außenwesten
Rindfleisch.			
Suppenfleisch, frisch pro Pfd.	0,90	1,-	1,-
Schmorfleisch	1,10	1,90	1,40
Filet	1,00	2,40	2,00
Schweinefleisch.			
Kotelett	1,20	1,40	1,40-1,60
Pauch	1,-	1,10	1,20
Furst.			
Randlebertwurst pro Pfd.	1,40	1,80	1,80
Ervelattwurst	2,40	2,50	2,60
Salami	2,40	2,80	2,90
Rehl.			
Weizen, Auszug	0,25	0,30	0,30
Prima	0,35	0,35	0,35

Diese Feststellungen sind deswegen interessant, weil sie zeigen, daß die Kaufleute die Tatsache, daß in den westlichen Teilen Berlins ein kaufkräftiges Publikum wohnt, dazu benutzen, um höhere Preise herauszuholen. Auffällig ist, daß der sogenannte Außenwesten, unter dem hier die Ortsteile Wannsee, Kitzlassee, Zehlendorf und Dahlem verstanden werden, wieder noch teurer ist als der eigentliche Berliner Westen. Wenn in diesen Vierteln nur Reichbegüterte wohnen würden, die höhere Preise zahlen können, dann hätten wir keine Bedenken, die Dinge unbeachtet zu lassen. Es gibt aber auch hier zahlreiche weniger Bemittelte, die durch diese Entwertung der Kaufkraft betroffen werden. Es gibt kein anderes Hilfsmittel, als die unausgesetzte Förderung der Konsumgenossenschaft, es sei denn, daß die Hausfrauen auch die Mühe und die Fahrkosten nicht scheuen und sich die gelegentlichen billigen Fleischtage der großen Warenhäuser zunutze machen.

Mittelfeuer in einer Fischräucherei.

Ein sehr gefährlicher Brand, der schnell größeren Umfang annahm, kam heute morgen kurz nach 14 Uhr in der Fischräucherei der Firma Gebrüder Rebis im Norden Berlins, in der Badstraße 9, zum Ausbruch. Zunächst rückte ein Löschzug an die Brandstelle, bei dessen Eintreffen das Feuer bereits so weit um sich gegriffen hatte, daß die Rettung „Mittelfeuer“ weitergegeben werden mußte. Nach kurzer Zeit rückten zwei weitere Züge herbei und vereint wurde mit einem B- und vier C-Röhren gegen den Brandherd vorgegangen. Die Löschaktion gestaltete sich durch eine ungebührliche Rauchentwicklung sehr schwierig. Das zweite Geschloß und das Dachgeschloß sowie die Innentreppe und Dachkonstruktion fielen den Flammen in fast ganzer Ausdehnung zum Opfer. Auch auf einen anschließenden Holzschuppen sprangen die Flammen über, doch gelang es hier, einen Teil des Schuppens zu retten. Erst gegen 7 Uhr morgens war das Feuer abgelöscht, und die

Austrümmungsarbeiten konnten vor sich gehen. Die Höhe des Schadens ist noch nicht bekannt. Die Entstehungsurache ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

Wie wird das Osterwetter?

Die bange Frage: Wie wird das Osterwetter? richtet in diesen Tagen ein Osterwandlerer an den anderen, und jeder hofft von dem anderen die optimistische Antwort zu bekommen: Es bleibt schön. Die Bosheit der Wettermacher hat uns des öfteren schon grausame Enttäuschungen bereitet. Im allgemeinen ist es ja so, daß den geplanten Zeitgenossen die wenigen Tage der Arbeitsruhe gründlichst verwässert werden. So schlimm ist es nun diesmal hoffentlich nicht, wenn auch die Chance der Wettermiesmacher nicht ganz unerheblich zu sein scheint; sie verstanden folgendes: Auf dem Ocean ist eine neue Depression erschienen, deren Teilgebiet heute vorwiegend die englische Westküste erreicht hat. Mitteleuropa verzeichnet gleichzeitig einen sehr heftigen Druckanstieg, der uns die heftige rasche Aufbeiterung gebracht hat. Hiermit verbunden ist eine merkliche Abkühlung. Der hohe Druck wird auch am Donnerstag noch wirksam bleiben. Die Prognose für morgen ist meist trocken und heiter. Der Karfreitag wird stärkere Erwärmung und eine Zunahme der Bewölkung bringen. In Westdeutschland lautet die Freitagprognose: Regenfälle. Und die Osterfeier? Sie sind bis jetzt ein großes Fragezeichen. Aber niemand, der es kann, soll und wird sich deshalb abhalten lassen, der Reichshauptstadt für ein paar Tage den Rücken zu kehren.

Ortsfernsprechgebühren für Wilhelmshagen.

Die Fernsprechteilnehmer der Ortsteile Wilhelmshagen, Hessewinkel, Schmöckwitz und Rauchfangwerder sind bisher an das Fernspreckamt Ertner angeschlossen und müssen aus diesem Grund die Fernspreckgebühren für Auswärtige bezahlen. Um den Fernspreckteilnehmern der genannten Ortsteile die Vergünstigung der billigeren Ortsgebühren zuteil werden zu lassen, ist der Magistrat Berlin mit der Reichspostverwaltung über die Errichtung von Fernspreckvermittlungstellen in Schmöckwitz und Wilhelmshagen in Verhandlungen getreten, die nunmehr zum Abschluß gelangt sind. Danach sollen nach der Fertigstellung des selbständigen Fernspreckamts Ertner, die noch in diesem Jahre in Aussicht genommen ist, Schmöckwitz und Rauchfangwerder, nach der Eröffnung des Fernspreckamts Friedrichshagen, die im Jahre 1927 in Aussicht genommen ist, Wilhelmshagen und Hessewinkel besondere Vermittlungstellen erhalten und so in das Ortsfernsprecknetz einbezogen werden. Die Stadt Berlin zahlt dafür einen Zuschuß von 165 000 M. und stellt außerdem der Stadtverwaltung die erforderlichen Räume zur Verfügung. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende Vorlage zugegangen.

Ueber die Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer ist in dem heutigen Anzeigenteil eine Bekanntmachung enthalten, die der Beachtung empfohlen wird.

Billige Osterfahrten. Es ist leider wenig bekannt, daß die Reichsbahndirektion Berlin den Familien in Berlin ausliegenden, zu ermäßigten Preisen abgegebenen Sonntagsruckschiffkarten diesmal bereits Gültigkeit vom Donnerstag, den 1. April (Grunddonnerstag) verliehen und die Gültigkeit bis zum 2. Feiertag nachts 12 Uhr ausgedehnt hat. Man kann auf diese Sonntagsruckschiffkarten sogar bis Wernigerode und Blankenburg am Hartz fahren. Ein Verzeichnis der Karten ist auch im offiziellen Vorortfahrplanbuch enthalten.

Der Osterverkehr auf den Wasserstraßen. Am Karfreitag und an allen drei Osterfeiertagen läßt die Reederei Robling die geschlossenen und gebetzten Dampfer der Wintermärchenflotte nach dem Müggelsee und Wolterdorfer Schleuse verkehren. Die Abfahrt erfolgt von der Wannowbrücke um 8 und 9 Uhr vormittags sowie am Nachmittag um 1 1/2, 2 und 2 1/2 Uhr. Am Sonntag nach Ostern findet eine Sonderfahrt nach Brandenburg a. H. statt.

In der Städtischen Blindenanstalt, Dronienstr. 25, werden etwa 250 Blinde mit Stuhlrollen und Bürstenmachen beschäftigt. Die Anstalt selbst unterhält ein großes Lager an Strohen- und Stabuhlen, Handsegen- und Bürsten jeder Art sowie an Hänen- und Fuchsmatten. Es wird gebeten, der Anstalt für die Blinden Aufträge zuzuwenden. Stühle zum Flechten werden kostenlos abgeholt und zurückgebracht. Hausierer und Händler werden in der Städtischen Blindenanstalt nicht beschäftigt. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle unter Fernruf: Magistrat Nr. 266 und Werkplatz Nr. 972.

Ein neuer Verkehrs-Verkehrshof der Ubaag. Die Ubaag errichtet in Charlottenburg in der Morfe- und Helmholzstraße einen neuen Verkehrs-Verkehrshof, der mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet und etwa 150 bis 200 Autos für Unterkunft gewährt wird. Die Arbeiten sind so weit vorgeritten, daß die Fertigstellung im Mai zu erwarten ist.

Die Internationale Künstlerloge, die als freigewerkschaftlicher Berufsverband der Spezialistenkünstler Anschluss an den Allgemeinen freien Angestelltenbund (AFA), damit an den DGB, und weiter an das wertmäßig organisierte Proletariat hat, veranstaltete zur Feier ihres 25-jährigen Bestehens in den Gemarkungsräumen des Zoo ein kunterbuntes Ballfest. Und wenn man schon in diesen mächtigen und ausgedehnten Räumen abends um 11 Uhr keinen Sitzplatz mehr bekommt, dann will das was heißen. Wie in Berlin weiblichen Baritänstler waren erschienen, und wenn Zirkus, Barité und Kabarett nicht unbekannt ist, der konnte so manche Größe entdecken. Am Witternacht zog ein Regiment Tansgierls durch den Saal, alles, was in den großen Reueen, im Zirkus Busch und im Wintergarten die Beine wirft. Gleich darauf ein Aufmarsch aller hier anwesender Illiputaner, und dann wieder auf dem Tanzparquet über 100 Baritänstler, die ihre Künste à la Virtus Arone zu gleicher Zeit produzierten. Ein ganz neuartiges, ungeheuer farbiges Bild. Dazu die Musik von zehn der bekanntesten Dirigenten. Ueber all dem Treiben aber, alles lenkend und meisternd, Konrad, Künstler, Organisator und moderner Gewerkschaftsführer zugleich. Es war ein sehr eigenartiges Fest, dem man föhrlische Wiederholung wünscht. Die Loge kam die bedeutenden Ueberhälle, die ihr hoffentlich geblieben sind, sehr gut brauchen, denn die Rot der arbeitssicheren Artisten ist sehr groß.

Genosse Flauer Bleier spricht am 2. April (Karfreitag) 10 Uhr über das Thema Der Unterdrückteste! Am 2. Oberfeiertag, abends 6 Uhr spricht Genosse Bleier über das Thema Die Herrschaft des Lebens. Beide Vorträge finden im Rahmen von religiösen Feiern in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-Lagard-Platz, statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Gesellschaftliche nach Rügen. Der Verband Deutscher Dichterberliner, veranstaltet in Verbindung mit dem Rügenischen Dichterbund eine achtstägige Gesellschaftsreise nach Rügen in der Zeit vom 22. bis 30. Mai 1926. Die Abreise erfolgt mittels Sonderzug von Berlin, Ostbahnhof, vormittags 10.25 Uhr. Ankunft auf Rügen nachmittags etwa 5.30 Uhr. Unterkunft in den drei Badeorten Hohen. Sande, Sellin im guten Hotel und Pensionshäusern. Rückfahrt wieder mittels Sonderzug am Sonntag, den 30. Mai. Die Teilnehmerkarte kostet 70 M. ab Berlin. Im diesem Preis ist Hin- und Rückfahrt, Unterkunft und Verpflegung sowie Dampferausstiege nach Binz, Stubbenhammer und Insel Wism einbezogen. Die Verpflegung wird einfach bürgerlich und reichlich sein. Eine Einzelkammer würde unter den gleichen Umständen 120 M. kosten. Führung, Steuern, Bedienungsgelder, Verpflegung sind eingeschlossen. Karte wird von dem Teilnehmer selbst erhoben. Teilnehmerkarten durch: Verband Deutscher Dichterberliner, Berlin NW 7, Unter den Linden 55, Geschäftsstelle des Rügenischen Dichterbundes, Sande auf Rügen, Reisebureau H. Berthel, Berlin, Kaufhaus des Westens in Charlottenburg, Reisebureau.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

St. M. Tempelhof. Die Parteiverammlung beginnt heute abends 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsindexziffer und Preise.

Die amtlichen Berliner Kleinhandelspreise.

Bei den Lohnverhandlungen beziehen sich die Unternehmer jetzt wieder mit Vorliebe auf die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten, die seit einigen Monaten eine, wenn auch langsam sinkende Tendenz aufweist. Diese Sentung der Reichsindexziffer hat sicherlich Befremden hervorgerufen. Die tägliche Erfahrung lehrt, daß von einer Sentung der Preise bei den wichtigsten Bedarfsartikeln im allgemeinen keine Rede sein kann. Zum Beweis dafür veröffentlichten wir nachstehende Graphik der Berliner Kleinhandelspreise Mitte März und zwar auf Grund der Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Wir bemerken dabei, daß diese Preise den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts zur Grundlage dienen.

Berliner Kleinhandelspreise Mitte März 1926

Ware	1926	1913=100
Möhrrüben	100	138.8
Kohlrüben	300	
Heringe, geräuch.	300	
Zwiebeln	300	
Weißkohl	250	116.7
Kochäpfel	224	
Kabeljau	208.3	
Linsen	200	
Harzer Käse	186.7	
Sauerkohl	176.7	
Spinat	175	
Eier	156.7	
Heringe, gesalz.	150	
Marmelade	146.7	
Schellfisch	160	
Brennholz	153.6	
Butter	150	
Schweinefleisch	146.7	
Rückenfett	140	
Petroleum	135	
Erbsen	134.8	
Zucker	134.6	
Leberwurst	130.4	
Briketts	130	
Graupen	129.6	
Gas	128.6	
Kalbfleisch	124.1	
Roggenbrot	120.8	
Milch	113.6	
Rindfleisch	91.4	
Kartoffeln	72.1	
Salz	100	138.8

Es sind dies allerdings nur die Berliner Kleinhandelspreise, während die Indexziffer den Reichsindex wiedergibt. Man kann aber kaum annehmen, daß der Reichsdurchschnitt der Kleinhandelspreise wesentlich unter dem Durchschnitt der Berliner Kleinhandelspreise liegt. Bei den Zahlen, die wir oben wiedergeben, ist bemerkenswert, daß gerade die Lebensmittel, die dem Massenkonsum dienen, wie Möhrrüben, Weißkohl, geräucherte und gesalzene Heringe, Linsen, Spinat, Kabeljau, Schellfisch und Kohlrüben die Reichsindexziffer von 138,8 ganz erheblich übersteigen. Die Preissteigerung gegenüber 1913 beträgt teilweise mehr als das Doppelte. Die Zahl der Bedarfsartikel, die unter der Reichsindexziffer bleiben, ist erheblich geringer als die Zahl der Bedarfsartikel, die über der Reichsindexziffer liegen. Vom Salz abgesehen das als Ausgabe nicht ins Gewicht fällt, bleiben nur die Kartoffeln erheblich hinter der Reichsindexziffer zurück. Bei allen anderen Bedarfsartikeln fällt das Minus kaum ins Gewicht. Unsere Graphik berücksichtigt nicht die Ausgaben für Kleidung, Wohnung und sonstiges, die bei der Reichsindexziffer einbezogen sind. Es wird aber niemand annehmen können, daß gerade diese Ausgaben in ihrer Gesamtheit unter der Reichsindexziffer liegen. Ohne aber in eine Kritik der Reichsindexziffer näher eingehen zu wollen, ist es notwendig, auf eine Tatsache hinzuweisen: Wenn die Arbeiterschaft gezwungen ist, zur Ernährung mehr auszugeben, so bleibt ihr weniger für die anderen Ausgaben. Da aus den angeführten amtlichen Klein-

handelspreisen deutlich hervorgeht, daß die durchschnittliche Preissteigerung für Lebensmittel erheblich über dem Reichsindex liegt, so ergibt sich daraus eine Verschiebung im Ausgabenbudget zugunsten der Lebensmittel und zumungunsten der Kleidung und der sonstigen Ausgaben. Die Reichsindexziffer trifft also — das beweisen die amtlichen Ziffern — für Berlin nicht zu.

Bureaukratische Umständlichkeiten. Bei der Unterstützung der Tabakarbeiter.

Durch die Abänderung des Tabaksteuergesetzes vom Sommer vorigen Jahres ist die Unterstützung der durch das Gesetz arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter dahin geregelt worden, daß den Bezirksfürsorgeverbänden 90 Proz. der Kurzarbeiterunterstützung vom Reich erstattet werden. Die fehlenden 10 Proz. sind von den Fürsorgeverbänden bzw. von den Gemeinden zu tragen, in denen durch das Tabaksteuergesetz erwerbslos gewordene Arbeiter wohnen. Das bedeutet, wie die Praxis zeigt, eine unglaublich finanzielle Belastung der einzelnen Landesbezirke und zugleich eine Verzögerung in der Auszahlung. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags fordert daher, daß den Bezirksfürsorgeverbänden für die Sonderunterstützung der Kurzarbeiter in der Tabakindustrie 10 Proz. der Kurzarbeiterunterstützung vom dem preussischen Staatsministerium zur Verfügung gestellt und im Interesse der Einheitlichkeit ebenso wie für völlig Erwerbslose durch die Arbeitsämter ausgezahlt werden.

Offensive der sächsischen Textilindustriellen. Gegen die Kaufkraft der Verbrauchermassen.

Der Verband der sächsischen Textilindustriellen hat die Tarifverträge gelündigt. Von diesem Schritt werden in Westsachsen und Ostthüringen rund 2000 Firmen mit nahezu 200 000 Arbeitern betroffen. Auch in der ergebungsreichen Posamentenindustrie wurden die Tarifverträge gelündigt. Die Arbeitgeber fordern hier eine Aenderung in der Altersklasseneinteilung, so daß eine Erhöhung von 20 auf 25 Jahre und dadurch eine entsprechende Staffelung nach unten eintritt. Ferner soll der Urlaub herabgesetzt, d. h. verkleinert werden. Außerdem planen sie eine Reduzierung der „zu hohen weiblichen Löhne“, die 38 1/2 und 39 1/2 Pf. pro Stunde betragen.

Vor großen Lohnkämpfen im Saargebiet. Als Folge der Frankeneutwertung.

Saarbrücken, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die ganze Saargebiet befindet sich in einem Zustande schwerster Krise. Der sinkende französische Franken setzt die Arbeiterkraft des Bergbaues wie der Hüttenwerke im Durchschnitt beträchtlich unter einen Monatslohn von hundert Goldmark. Während die deutsche Regierung durch ihre Zollstundungen der saarländischen Industrie auf das weitgehendste entgegenkommt, findet sich diese nicht bereit, den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter auch nur ein wenig nachzugeben. Wenn der Schlichtungsausschuß ebenfalls verjagen sollte, so dürfte es im Laufe des April zu einem allgemeinen Streik in der saarländischen Hüttenindustrie kommen, an den voraussichtlich 45 000 Arbeiter teilnehmen würden. Die 70 000 Bergarbeiter haben ebenfalls ihren Tarif gelündigt und verlangen Lohnerhöhung.

Töpferausperrung in München.

München, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Töpfer-Innung hat wegen der Weigerung der Gehilfenschaft, eine Sentung des Stundenlohnens von 1,50 auf 1,20 M. anzuerkennen, die Ausperrung aller in München beschäftigten Gehilfen angeordnet.

Internationale Seelentekonferenz.

Amsterdam, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag tagte in Amsterdam eine Konferenz der Internationalen Transportarbeiter-Federation angeschlossenen Verbände der Seelente. Anwesend waren Henson für die englischen Seelente und Heizer, Köhler für die deutschen Seelente und Heizer, Jakobson für die dänischen Heizer, Eason für die dänischen Seelente, Lundgren für die schwedischen Heizer, Kievit für die holländischen Seelente und Chapelle für die belgischen Seelente. Außerdem wohnten der Konferenz Bräutigam und Rahlmann als Mitglieder des Allgemeinen Rats der I.T.F. und Timmen als internationaler Sekretär der Transportarbeiter bei. Als Gäste waren Sekretär Brandt und Vorstandsmittglied Feenstra von der Internationalen Organisation der Schiffsoffiziere zugegen. Der wichtigste Gegenstand der Beratungen war die Stellungnahme der Organisation der I.T.F. zur Internationalen Arbeitstageskonferenz in Genf Anfang Juni. Da die Frage des Achtstundentages für die Seelente nicht auf die Tagesordnung der Arbeitstageskonferenz des Jahres 1926 gesetzt wurde, war die Konferenz einstimmig der Auffassung, daß dadurch diese Arbeitstageskonferenz für die Seelente wertlos sei. Es wurde jedoch, ebenfalls einstimmig, beschlossen, auf der bevorstehenden Arbeitstageskonferenz ausdrücklich die Beratung der Arbeitszeit der Seelente zu verlangen. Für den Fall, daß diese Forderung abgelehnt wird, behalten sich sämtliche Seelente-Organisationen der I.T.F. volle Handlungsfreiheit vor, was einen Bruch mit dem Genfer Arbeitsamt gleichförmig.

Der Betriebschlosser Karl Obst der Umbo-Werke ersucht uns, mitzuteilen, daß er nicht identisch ist mit dem Willi Obst, der in unserem Artikel „Revolutionäre Betriebsräte“ vom letzten Sonntag erwähnt ist.

Schöne, graphisches Gewerbe! Der „Kämpfer“ ist ab Donnerstag früh 4 1/2 Uhr, bei Dennis, Kitzbühnerstr. 44, in Empfang zu nehmen. Jeder Betrieb muß bereit werden. Wir erziehen die Parteigenossen, die Beteiligung sofort vorzunehmen. Der Fraktionsvorstand für das graph. Gewerbe. J. K. D. Fiedler.

30. Bezirksversammlungen. Donnerstag: Wedding-Gesundbrunnen: Hermann-Dachhaus, Chausseest. 110. Beginn 8 Uhr. „Die Rot der Angestellten und die Wirtschaftskrise“. Referent: Hans Gausfeld. — Eichen-Südwilstr.: Hermann-Ober, Tempelhofer Ufer 6. Beginn 8 Uhr. „Sozialpolitischer Wahn oder Aufbruch?“ Referent: Kollege Petzholdt. — Lindenbergr. Friedrichstraße, Straalen, Kummelsburg, Berlin O 112: Wegmann, Reinholdstr. 10. Beginn 8 Uhr. „Wirtschaftskrise und Unbeschäftigten“. Referent: Kollege Erik Rogon.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein 23. Chemische Industrie. Des Karfreitags wegen findet die Generalversammlung nicht am 2. April, sondern am Freitag, 9. April, 7 1/2 Uhr, in Haverlands Restaura, Neue Friedrichstraße, statt. Um vollständiges Erscheinen bitten. Der Vorstand.

Wirtschaft

Von der Landwirtschaftlichen Zentralbank.

Die Rentenbank-Kreditanstalt, die den stolzen Namen Landwirtschaftliche Zentralbank führt, veröffentlicht (eben ihren ersten Geschäftsbericht. Als Tochtergesellschaft der Deutschen Rentenbank mit der besonderen Aufgabe, für die deutsche Landwirtschaft Real- und Personalkredit zu beschaffen, ist sie mit einem Kapital von 150 Millionen Mark ausgestattet. Ihre Gründung hatte man mit gewaltigen Erwartungen und Hoffnungen propagiert. Berücksichtigt man, was sie nun tatsächlich für die Kreditbeschaffung aus eigener Kraft geleistet hat, so haben sich bisher diese Hoffnungen nicht erfüllt.

Nur eine einzige Auslandsanleihe in Höhe von 25 Millionen Dollar konnte zustande gebracht werden unter rechtlichen Schwierigkeiten und Tilgungsbedingungen, die eine Wiederholung des Experiments nicht ratsam erscheinen lassen. Die Mitte September abgeschlossene Anleihe war Ende Dezember erst zu zwei Dritteln an die Landwirtschaft weitergeleitet; bis in die letzten Tage des März dauerte es, daß die Anleihe ganz ihrem Zweck zugeführt war. Sie ermöglichte die Vergebung von 7000 Einzelhypotheken, von denen die einzelnen lauteten:

auf 1 000—2 000 M.	... rund 2 500 Hypotheken
bis zu 5 000	... 4 000
10 000	... 5 400

Diese Anleiheaktion war die einzige, die die Rentenbank-Kreditanstalt bisher als landwirtschaftliche Zentralbank ohne fremde Hilfe durchgeführt hat. Eine neue für kurzfristige Zwischenhypotheken bestimmte Anleihe von 250 Millionen Mark wurde durch die Mitwirkung der Deutschen Goldkreditbank ermöglicht. Von diesem Betrag sind bisher erst 15 Millionen Mark der Landwirtschaft weitergegeben.

Aus dem Jahresabschluss der Deutschen Rentenbank, die in ihrem letzten Geschäftsjahr die Liquidation der Rentenbank-Scheine und die Umwidmung der Wirtschaftskredite entsprechend ihren Vorschriften vollzogen hat, erhält die Rentenbank-Kreditanstalt 60 Millionen Mark von dem insgesamt 88,8 Millionen Mark zu betragenden Reingewinn. Da die Uebertragung nicht in bar erfolgt, sondern in der Hauptsache in Form von Forderungen, die weit überwiegend auf die deutsche Landwirtschaft lauten, so heißt das mit anderen Worten, daß ein erheblicher Teil der bisher von der Rentenbank gewährten Kredite auf die Rentenbank-Kreditanstalt übergeht. Abzumelden bleiben für die Rentenbank noch Wirtschaftskredite in Höhe von 586,9 Millionen Mark. Der Umlauf von Rentenbank-Scheinen betrug bei Jahresende 1608,8 Millionen Mark.

Der Reingewinn der Rentenbank-Kreditanstalt wird in Reserve gestellt. Beide Institute zusammen beschäftigen einen dreißigköpfigen Vorstand, 5 Prokuristen und 135 Angestellte — also im Verhältnis zur Kapitalkraft einen nur kleinen Staff. Ob die Bank auf die Dauer der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden wird, oder ob nicht nach dem bisherigen Erfolg der Hypothekendarlehen, der Spar- und Girokassen und anderer Geldinstitute die Verfolgung der Landwirtschaft mit Kapital rascher und billiger von den einzelnen Realkreditinstituten vorgenommen wird, ist eine Frage, die noch nicht entschieden werden kann. Viele Einzelnen sprechen jedenfalls dafür, daß vorläufig wenigstens die Erstarbung des inländischen Kapitalmarktes die Tätigkeit der zentralen Agrarbank bis zu einem gewissen Grade entbehrlieh macht, wenn auch anerkannt werden muß, daß die Rentenbank-Kreditanstalt auf die Sentung der Zinssätze für den letzten Kreditnehmer erfolgreich einzuwirken versucht hat. Nach der letzten Discontohaltungsrechnung soll der Hypothekenzins für den Landwirt für die Goldkreditbankfänger insgesamt nicht mehr als 9 1/2 Proz. betragen.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Witas Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schärer; Redaktion: Dr. John Schilowski; Verlags- und Confidant: Fritz Kuchardt; Anzeigen: Ed. Gieseler; Schriftlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Gust. Sinner u. Co., Berlin SW 68. Adressstraße 2.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag für 1925 und 1926.

I. Eine Steuererklärung ist abzugeben:

1. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Kalenderjahr 1925 den Betrag von 6000 RM. übersteigt;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschusses der Bücher zu ermitteln ist;
3. für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Vorbesitzer des Gewerbesteuerauslasses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

II. Die hierzu zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Vermeidung des für sie vorgeschriebenen Verzugs:

1. für die gewerbesteuerpflichtigen Einzelgewerbetreibenden, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften,
2. für juristische Personen,
3. für die nicht buchhaltenden Gewerbetreibenden,
4. für die Einzelgewerbetreibenden, die vom Vorbesitzer des Gewerbesteuerauslasses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

III. Die hierzu zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Vermeidung des für sie vorgeschriebenen Verzugs:

1. für die gewerbesteuerpflichtigen Einzelgewerbetreibenden, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften,
2. für juristische Personen,
3. für die nicht buchhaltenden Gewerbetreibenden,
4. für die Einzelgewerbetreibenden, die vom Vorbesitzer des Gewerbesteuerauslasses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.

IV. Die Hinterziehung oder der Verfall einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrag wird bestraft. Auch ein fiktives Vergehen gegen die Steuerpflicht (Steuerhinterziehung) wird bestraft. Berlin, den 25. März 1926.

Die Vorsitzenden der Gewerbesteuer-Ausschüsse des Landesfinanzamtsbezirks Berlin.



TESTORP

DIE WÄSCHEREI DER HAUSFRAU

WÄSCHE NACH GEWICHT / HERRENFEINWÄSCHE

BERLIN-LICHTENBERG FERNRUUF: LICHTENBERG 2017
HERZBERGSTR. 68-70

Wir berechnen bei einem Mindestgewicht von 20 Pfd. für halbtrockene Wäsche per Pfund 22 Pf. für schrankfertig gemangelte Wäsche 10 Pf. mehr Buntwäsche unterliegt einem Aufschlag von 10 Pf. per Pfd. — Lieferung frei Haus.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Anzeige billig! in des Vorwärts und trotzdem

Photoapparate, Feldstecher kaufen Sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in
Künstler-Gardinen... 2.90
Madras-Gardinen... 4.-
Stores... 2.20
Bettdecken 1bettig... 4.-
Bettdecken 2bettig... 8.-
Spez.-Gardinenwerkst. **Neukölln, Bergstr. 67** am R. n. bahnhof Kein Laden!

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verh. soz. Handbetriebe Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88 Fernsprecher: Norden 6525, 65-6
Fillale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4. Tel.: Platzburg 9331
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telefon: Königstadt 340
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
ne-en Krie. erverreinshaus
Sprechstunden 11-1 u. 4-6 Uhr

Bekanntmachung.
Die in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Juli 1925 versetzten Pfänder sind versteigert worden. Ueberschüsse sind bis 31. März 1927 abzuheben.
Staatliches Leihamt

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, 104. Vertikales